

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>



Paritätischer fordert Mindestrente

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Jahr 2010 um 200 Millionen Euro auf 4,1 Milliarden Euro gestiegen. Dies entspricht einem Anstieg um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mittlerweile beziehen 797.000 Personen Leistungen der Grundsicherung. Diese Entwicklung bewertete der Paritätische Wohlfahrtsverband als zutiefst besorgniserregend. Der Verband warnt vor einem explosionsartigen Anstieg der Altersarmut und fordert eine durchgreifende Reform der Altersgrundsicherung. Die Altersarmut nehme zu und dieser Trend werde sich beschleunigen. Um Massenarmut im Alter zu verhindern, müsse umgehend politisch gegengesteuert werden, warnt Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Der Verband geht von einer Vervielfachung der Altersarmutsquote von derzeit 2,5 Prozent auf über zehn Prozent in den nächsten Jahren aus. Um im Jahr 2030 eine gesetzliche Rente wenigstens in Höhe des Grundsicherungsniveaus zu erhalten, müsse ein Durchschnittsverdiener nach heutigem Stand insgesamt 34 Jahre lang in die gesetzliche Rentenversicherung einbezahlt haben. Für viele sei dies schon jetzt absehbar nicht mehr zu leisten, so Schneider. Besonders bedroht seien die 6,5 Millionen Beschäftigten im Niedriglohnbereich und damit jeder fünfte Erwerbstätige. Der Paritätische fordert eine umfassende Rentenreform und eine Anhebung der Grundsicherung im Alter. Die Vorschläge des Bundesarbeitsministeriums kritisiert der Verband als unzureichend. Um die Rente armutsfest zu gestalten, bräuchten wir ein echtes Mindestrentensystem und eine durchgreifen-

de Reform der Grundsicherung im Alter, forderte Schneider. Nach Berechnungen des Verbandes sind die Grundsicherungsleistungen um rund 20 Prozent zu niedrig bemessen und müssten deutlich angehoben werden, um bedarfsgerecht zu sein.

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Paritätischer legt Konzept zur Unterstützung pflegender Angehöriger vor

Ein Konzept für ein Familienpflegegeld zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf präsentierte der Paritätische Wohlfahrtsverband in Berlin. Im Unterschied zum Vorschlag der Bundesregierung bleibe das Konzept nicht bei Unverbindlichkeiten stehen, erklärt Verbandsvorsitzender Dr. Eberhard Jüttner. Pflegende Angehörige bräuchten einen verlässlichen Rechtsanspruch und soziale Absicherung. Das Konzept des Paritätischen sieht einen verbindlichen Rechtsanspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf eine drei Jahre befristete Familienpflegezeit vor. Eine Einwilligung des Arbeitgebers ist nicht erforderlich. Die Höhe der Lohnersatzleistung beträgt wie beim Elterngeld im Regelfall 65 Prozent des letzten Nettoeinkommens, höchstens jedoch 1.800 Euro. Nach einer Modellrechnung der Paritätischen Forschungsstelle liegen die zusätzlichen Kosten für die Einführung des Familienpflegegeldes bei rund 2,4 Milliarden Euro pro Jahr. Derzeit werden rund 1,6 Millionen Pflegebedürftige ambulant zu Hause betreut. Nach Berechnungen des Paritätischen wären rund eine Million Angehörige berechtigt, die neue Leistung in Anspruch zu nehmen. Das 13-seitige Konzept steht auf der Website des Verbandes zur Verfügung.

Internet http://www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdforder/110930_Paritaetisches_Familienpflegegeld_Konzept.pdf

Sozialhilfeausgaben gestiegen

Im Jahr 2010 wurden in Deutschland 21,7 Milliarden Euro netto für Sozialhilfeleistungen (SGB XII) ausgegeben. Nach

Angaben des Statistischen Bundesamtes entsprach dies einer Steigerung von 3,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Pro Kopf wurden in Deutschland damit im vorigen Jahr für die Sozialhilfe rechnerisch 266 Euro netto aufgewendet. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) waren die Pro-Kopf-Ausgaben mit 276 Euro deutlich höher als in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) mit 227 Euro. Im Jahr 2010 entfiel mit 57 Prozent der überwiegende Teil der Nettoausgaben für Sozialhilfe auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel des SGB XII). 19 Prozent der Ausgaben wurden für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel des SGB XII) aufgewendet, 14 % für die Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII) und zehn Prozent vor allem für die Hilfe zum Lebensunterhalt und für die Hilfen zur Gesundheit (3., 5., 8. und 9. Kapitel des SGB XII). Im Vergleich zum Vorjahr haben sich diese Ausgabenanteile nicht verändert. Die Basisdaten und Zeitreihen können kostenfrei zu den Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe in der GENESIS-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes abgerufen werden.

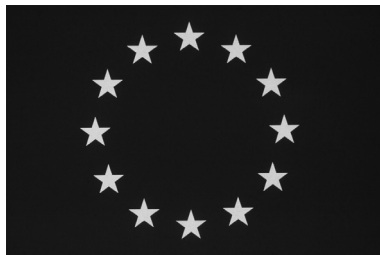
Internet https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;sessionId=679CE635E634A9A443B189D14BCD13E3.ttomcat_GO_1_1?sequenz=statistikTabellen&selectionname=22111

EKD veröffentlicht Denkschrift zur Gesundheitspolitik

Auf dem Hintergrund der christlichen Sozialethik und der diakonischen Verantwortung der Kirche legt der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) eine Denkschrift vor, die nicht nur das Gesundheitssystem im engeren Sinne, sondern auch die Fragen der Gesundheitspolitik und schließlich die Verantwortlichkeit der Gemeinden in den Blick nimmt. Kriterien für eine gute Gesundheitspolitik entfaltet und Empfehlungen für die zukünftige Gestaltung gibt. In der Denkschrift mit dem Titel »Und unseren kranken Nachbarn auch!« fordert die Evangelische Kirche in Deutschland ein Umsteuern hin zu mehr Solidarität. Zu erwägen sei, bei der Berechnung der Beiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung auch andere Ein-

kommensarten als nur das Erwerbseinkommen heranzuziehen. Bei der Vorbeugung von Gesundheitsrisiken sollte nach Ansicht der Kirche weniger auf individuelle Verhaltensänderung und mehr auf staatliche Regulierung gesetzt werden, um die Gesundheit der gesamten Bevölkerung zu verbessern. Am Beispiel Tabak zeige sich, dass Aufklärungskampagnen im Gegensatz zu Steuererhöhungen und Werbeverböten «enttäuschend geringe Effekte» erzielt hätten. Die 146-seitige Denkschrift ist in Buchform im Buchhandel erhältlich (ISBN 978-3-579-05964-8). Der Text steht jedoch auch kostenlos auf der EKD-Website zur Verfügung.

Internet <http://www.ekd.de/EKD-Texte/gesundheitspolitik.html>



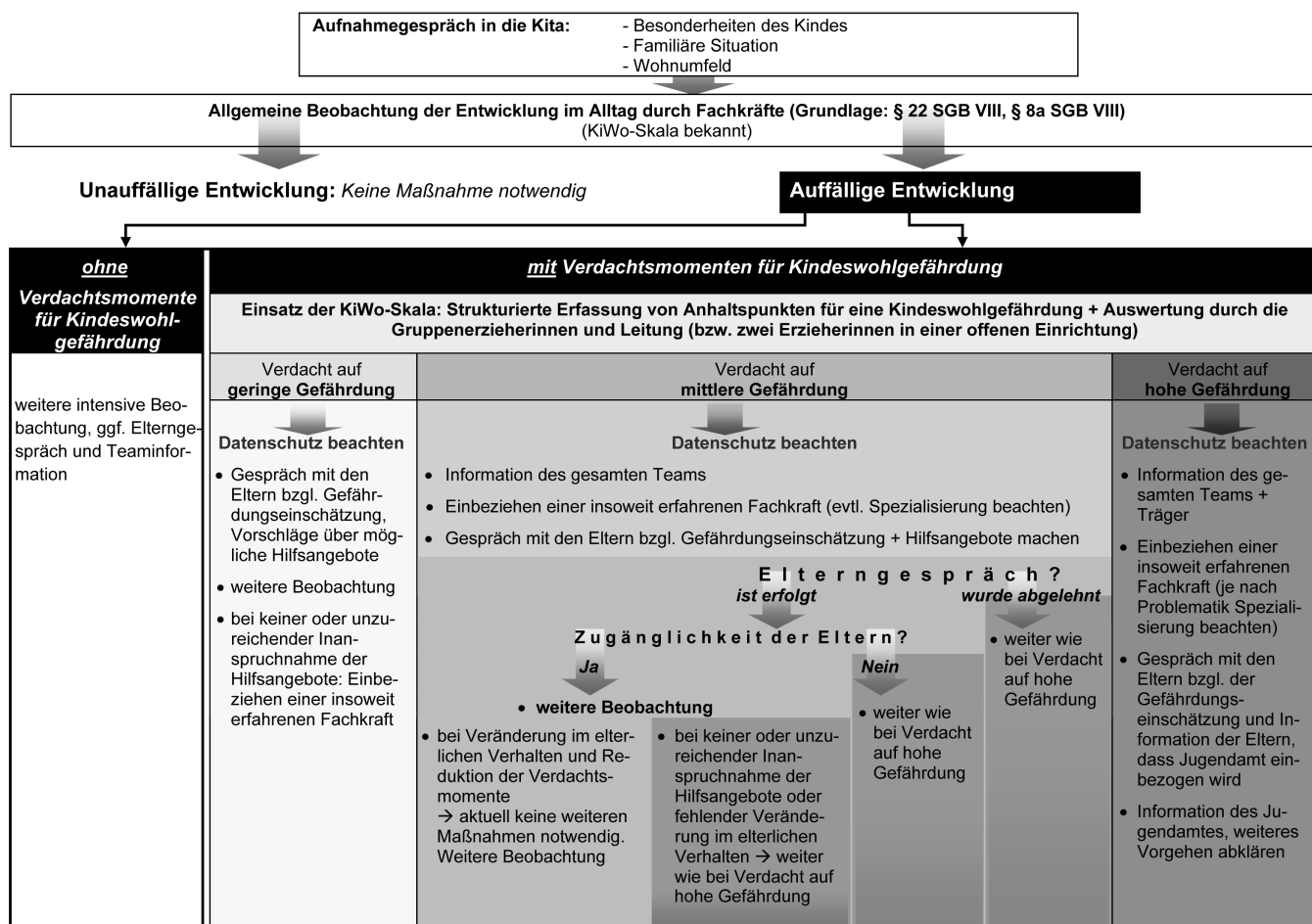
EU-Kommission veröffentlicht Mitteilung zum Ehrenamt

Die Europäische Kommission hat ihre lange erwartete Mitteilung über EU-Politiken und Freiwilligentätigkeit veröffentlicht. Das Dokument ist die bisher wichtigste Stellungnahme zu diesem Thema auf europäischer Ebene. Der Schwerpunkt der Ausführungen liegt zwar allgemein auf der Anerkennung und Förde-

rung grenzüberschreitender Freiwilligentätigkeit, gibt aber auch vorsichtige Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten, etwa zur statischen Erfassung des freiwilligen Engagements. Die Kommission schlägt unter anderem die Schaffung eines Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe im nächsten Jahr vor. Da die Kommission die Freiwilligentätigkeit als bedeutend für »Humankapital« und »Sozialkapital« ansieht, soll künftig freiwilliges Engagement stärker in EU-Programmausschreibungen berücksichtigt werden. Auf der Website der EU-Kommission ist der Wortlaut der 14-seitigen Mitteilung in Deutsch verfügbar.

Internet http://ec.europa.eu/citizenship/pdf/doc1315_en.pdf

Ablaufschema zum empfohlenen Vorgehen bei der Erfüllung des Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII in Kindertageseinrichtungen



Entwickelt im Auftrag des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales (KVJS) Baden-Württemberg

Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg hat eine Checkliste entwickelt, mit der die Fachkräfte in Kitas eine Kindeswohlgefährdung erkennen und einschätzen können. Grundlage dieser »KiWo-Skala« ist ein Projekt über »vernachlässigte Kinder«, das zwischen April 2009 bis Ende 2010 an über 50 Modellstandorten in Baden-Württemberg durchgeführt wurde. Der Feststellung von Auffälligkeiten folgten nach einem Ablaufschema (siehe oben) in fast allen Fällen Gespräche mit den Eltern. Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg bietet für Einrichtungen und Jugendämter Einführungsveranstaltungen zur Anwendung der Skala an. Die sieben-seitige »Einschätzskala zur Kindeswohlgefährdung gem. § 8a SGB VIII in Kindertageseinrichtungen« steht mit weiteren Informationen auf der Website des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

Internet <http://www.kvjs.de>

Eingliederungsvereinbarungen wenig individuell

Eingliederungsvereinbarungen sind im SGB III und SGB II gesetzlich vorgeschrieben. In beiden Rechtskreisen sollen sie zur Umsetzung des »Förderns und Forderns« beitragen und eine größere Verbindlichkeit des Integrationsprozesses erzeugen. Vor allem in der Grundsicherung (SGB II) bewerten Vermittlungsfachkräfte solche Vereinbarungen mehrheitlich positiv. Fördern und Fordern ist in den Eingliederungsvereinbarungen aber häufig nicht ausbalanciert, geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Die Pflichten des Klienten (»Kunden«) würden häufig konkret, die Leistungen der Einrichtungen eher vage benannt, stellen die Arbeitsmarktforscher fest. Häufig werde die Anzahl der Bewerbungen festgelegt, die der Arbeitsuchende zu erbringen hat. Zur Anzahl der Vermittlungsvorschläge gebe es jedoch meist keine konkreten Angaben. Insgesamt folgen die Inhalte der untersuchten Eingliederungsvereinbarungen standardisierten Mustern und lassen einen individuellen Zuschnitt auf die Kundinnen und Kunden vermissen. Mit der Betonung der Kundenpflichten und möglicher Sanktionen folge die Umsetzung der Eingliederungsvereinbarung eher einer bürokratischen Logik als der einer kundenorientierten Dienstleistung, so das Institut. Die Untersuchungsergebnisse offenbaren außerdem, dass viele Vermittlungsfachkräfte die Rechtsverbindlichkeit der Vereinbarung nicht deutlich genug erklären. Die achtseitige Studie ist im Internet zugänglich.

Internet <http://doku.iab.de/kurzber/2011/kb1811.pdf>

Pflegeausbildung für Menschen mit Migrationshintergrund

Die Sprachenschule Berlitz und der Malteser Hilfsdienst bieten gemeinsam insbesondere für Migranten eine Ausbildung



im Pflegebereich an. Als Fachkraft für Gesundheits- und Sozialdienstleistungen in der kultursensiblen Pflege haben diese nach dem mehrmonatigen Kurs die Möglichkeit, sich selbstständig zu machen oder in Krankenhäusern und ambulanten Pflegeeinrichtungen angestellt zu werden. Für Arbeitssuchende und ALG II-Empfänger kann die Ausbildung zu 100 Prozent von den Arbeitsämtern finanziert werden; auch Berufsrückkehrer und Fortbildungsinteressierte können von Fördermöglichkeiten profitieren. In dem modular aufgebauten Kurs werden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern fundiertes pflegerisches Know-how sowie vertiefende Deutschkenntnisse für den Beruf vermittelt. Alle Module können auch einzeln belegt werden.

Malteser Hilfsdienst e. V., Kalker Hauptstraße 22–24, 51103 Köln, Telefon 0221 9822-01, E-Mail malteser@malteser.org, Internet <http://www.malteser.de>



Neue Qualitätsmaßstäbe in der Pflege

Für die Qualität und Qualitätssicherung in der Pflege gelten seit Ende Juli neue Maßstäbe und Grundsätze. Die sogenannten »Maßstäbe und Grundsätze für die Qualität und die Qualitätssicherung in der ambulanten und stationären Pflege sowie für die Entwicklung eines einrichtungsinternen Qualitätsmanagements« nach § 113 SGB XI sind Ende Mai von einer Schiedsstelle festgesetzt und im Juli im Bundesanzeiger veröffentlicht worden. Damit sind sie nun für alle ambulanten und stationären Einrichtungen sowie für die Pflegekassen und deren Verbände verbindlich. Auch Prüfstellen und unabhängige Sachverständige, die anerkannte Qualitätsprüfungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz durchführen, müssen die Maßstäbe berücksichtigen. Als Folge der Konkretisierungen müssen die zugelassenen Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen die Maßstäbe und Grundsätze bei allen Vereinbarungen nach dem SGB XI beachten, insbesondere bei Versorgungsver-

trägen, Rahmenverträgen, Vergütungsvereinbarungen, Transparenzvereinbarungen und den Richtlinien nach § 114a Abs. 7 SGB XI. Weitere Klarstellungen betreffen die Pflegedokumentation, das Qualitätsmanagement und die Qualitätsprüfung sowie speziell für die ambulante Pflege die Durchführung von Erstbesuchen und von Prophylaxen. Die Maßstäbe und Grundsätze finden sich als PDF-Dokument auf der Website der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

Internet <http://www.bagfw-qualitaet.de>

Handlungsansätze zur Beteiligung Älterer vor Ort

Die Gesellschaft eines längeren Lebens als Chance begreifen: Dieser Ansatz lag dem Modellprogramm »Aktiv im Alter« zugrunde. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat damit von April 2008 bis Dezember 2010 zahlreiche Kommunen gefördert, die ältere Bürgerinnen und Bürger zu Engagement und Mitbestimmung ermuntern wollen. Der nun vorliegende Praxisleitfaden richtet sich nicht nur an Kommunen, sondern auch an Verbände, Vereine, Kirchen oder Unternehmen. Mit diesem Handlungsansätzen sollte es ihnen leichter fallen, Initiativen für ein aktives Altern zu entwickeln. Das 60-seitige Handbuch steht im Internet kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

Internet <http://www.bmfsfj.de/Redaktion/BMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Kommune-gemeinsam-gestalten.property=pdf;bereich=bmfsfj;sprache=de;rw=1;true.pdf>

30 Milliarden Euro jährlich wegen psychischen Erkrankungen

Jeder dreizehnte Leistungsfall im Gesundheitswesen ist Folge einer psychischen Erkrankung. Depressionen und Demenz stehen dabei an erster Stelle. Auffällig ist die starke Zunahme der stationären Behandlung bei Depression. Das stellt die Beratungsgesellschaft für angewandte Systemforschung mbH (BASYS) in Augsburg fest. Nach ihren Angaben geben die Deutschen für die Behandlung psychischer Erkrankungen rund 30 Milliarden Euro im Jahr aus – Tendenz steigend. Die Versorgungsausgaben wuchsen überdurchschnittlich in der Pflege, der stationären Behandlung und bei Arzneimitteln im Vergleich zu ambulanten ärztlichen Leistungen und zur Prävention. Für die

Termine

Beratungsresistent – praktische und ressourcenorientierte Methoden zur psychosozialen Beratung von aussichtslosen Fällen. 9. bis 12. Januar 2012 in Aachen. Teilnahmegebühr 390,- Euro; zuzüglich Unterkunft und Verpflegung. Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Postfach 4 20, 79004 Freiburg im Breisgau, Telefon 0761 200-538, E-Mail akademie@caritas.de, Internet <http://www.fak.caritas.de>

Jugendhilfe in benachteiligten Stadtteilen in Deutschland und Europa. 25. und 26. Januar 2012 in Berlin. Veranstaltungskosten 150,- Euro, Tagungsstättenkosten 132,- Euro. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17–18, 10179 Berlin, Telefon 030 62980-0, Fax 030 62980150, E-Mail info@deutscher-verein.de, Internet <http://www.deutscher-verein.de>

Fördermöglichkeiten bei Aktion Mensch: Anträge richtig stellen. 15. Februar 2012 in Erlangen. Lehrgangsgebühren 125,- Euro. Lebenshilfe-Kooperation der Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz, Kitzinger Straße 6, 91056 Erlangen, Telefon 09131 75461-0, E-Mail info@lebenshilfe-bayern.de, Internet <http://www.lebenshilfe-bayern.de>

Ausschreibungspraxis – von der Veröffentlichung bis zum Zuschlag. 15. und 16. Februar 2012 in Nürnberg. Teilnahmebeitrag 160,- Euro. AWO-Bundesakademie, Blücherstraße 62-63, 10961 Berlin, Telefon 030 26309-0, E-Mail akademie@awo-bu.awo.org, Internet <http://www.akademie.awo.org>

Grundkurs Lösungsorientierte Gesprächsführung. 24. und 25. Februar 2012 in Münster. Teilnahmegebühr 235,- Euro. Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen – Weiterbildung, Hüfferstraße 27, 48149 Münster, Telefon 0251 83-65720, E-Mail weiterbildung@fh-muenster.de, Internet <http://www.fh-muenster.de/fb10/weiterbildung.php>

Professionell handeln in Gewaltsituationen. 27. Februar bis 1. März 2012 in Eisenach. Teilnahmebeitrag einschließlich Unterbringung und Verpflegung 418,- Euro. Evangelischer Erziehungsverband (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Telefon 0511 390881-13, Fax 0511 39088116, E-Mail info@erev.de, Internet <http://www.erev.de>

Sozialmanagement in Organisationen des Kindes- und Jugendalters. 8. und 9. März 2012 in Berlin. Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft. Kontakt: Prof. Dr. Herbert Bassarak, E-Mail herbert@bassarak.de, Internet <http://http://inas-ev.eu>

Psychosoziale Beratung älterer Menschen und ihrer Angehörigen. 8. bis 10. März 2012 in Hofgeismar. Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Telefon 0511 35000-52, E-Mail birgit.wolff@gesundheits-nds.de, Internet <http://www.gesundheit-nds.de>

»Prävention wirkt!« 17. Kongress Armut und Gesundheit. 8. und 9. März 2012 in Berlin. Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V., Friedrichstraße 231, 10969 Berlin, Telefon 030 4431-9060, E-Mail info@gesundheitsliche-chancengleichheit.de, Internet www.gesundheitsliche-chancengleichheit.de

Erziehungswissenschaftliche Grenzgänge. 23. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. 12. bis 14. März 2012 in Osnabrück. E-Mail dgfe2012@uni-osnabrueck.de, Internet <http://www.dgfe2012.de>

Betriebswirtschaft für Nichtökonominnen. 23. bis 25. Mai 2012 in Mainz. Seminar-gebühren 250,- Euro (Unterkunft und Verpflegung ca. 39,- Euro je Tag). Katholische Fachhochschule Mainz, Institut für Fort- und Weiterbildung, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Telefon 06131 28944-0, Fax 06131 2894450, E-Mail ifw@kfh-mainz.de, Internet <http://www.kfh-mainz.de>

Ohne Bildung keine Teilhabe. Von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter. 79. Deutscher Fürsorgetag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. 8. bis 10. Mai 2012 in Hannover. Internet <http://www.deutscher-fuersorgetag.de>

Finanzierung der psychischen Erkrankungen bestehen unterschiedliche Zuständigkeiten. Die Leistungen werden unter anderem finanziert durch die Gesetzliche Krankenversicherung mit rund 14 Milliarden Euro und durch die Soziale Pflegeversicherung mit rund 5,5 Milliarden Euro.

BASYS Beratungsgesellschaft für angewandte Systemforschung mbH, Reisingerstraße 25, 86159 Augsburg, Internet <http://www.basys.de>

»Wertbildungs-Plattform« online

Ein neues Angebot für Eltern und pädagogische Fachkräfte ist im Internet eingerichtet worden: die Wertbildungs-Plattform des Deutschen Roten Kreuzes. Auf der Seite finden Laien und Experten praxiserprobte Anleitungen zum Spielen, Diskutieren und Erleben von Werten. Die Angebote unterstützen bei Fragen wie »Welche Filme, Bücher und Computerspiele sind zu empfehlen?« »Was bedeutet Familie, Freundschaft und Tradition für uns?« »Was braucht das Kind und was brauche ich?« oder »Wie kann ich Vertrauen und Nähe zum Kind bei einer Trennung stärken?« Das Angebot wird ständig erweitert. Schon jetzt enthalten sind Anleitungen für Kletterwochenenden für Väter und Kinder, das »Schmuntzelsteinchen«-Spiel, Werterucksäcke, Glücksboxen und Wertekoffer, Basteln für einen guten Zweck, autogenes Training und vieles andere mehr. Zahlreiche Literaturhinweise, ein Glossar der pädagogischen Fachbegriffe und ein Terminkalender runden das Angebot ab. Entwickelt wurden die Angebote in ausgewählten Einrichtungen der Familienbildung. Zusammengeführt und aufbereitet wurden die Angebote im Projekt »Wertebildung in Familien«. Es wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Träger ist das Deutsche Rote Kreuz.

Internet <http://www.wertbildunginfamilien.de>

Lebensereignisse verändern die Persönlichkeit

Die Persönlichkeit eines Menschen ist nicht nur eine Frage der Gene, sondern ändert sich durch Lebensereignisse. Das ist das zentrale Ergebnis einer jetzt erschienenen Studie auf der Grundlage von Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). »Menschen verändern sich im Laufe des Lebens, insbesondere bis zu einem Alter

von 30 Jahren und ab einem Alter von 70 Jahren«, sagt Jule Specht, eine der Autorinnen der Untersuchung. Junge Erwachsene werden zum Beispiel gewissenhafter, wenn sie ihre erste Arbeitsstelle antreten. Wenn Menschen in Rente gehen, lässt diese Gewissenhaftigkeit wieder nach. Umgekehrt habe die Persönlichkeit eines Menschen, so die Forscher, auch einen Einfluss darauf, ob bestimmte Lebensereignisse eintreten oder nicht. Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist die größte und am längsten laufende multidisziplinäre Längzeitstudie in Deutschland. Es ist Teil der Forschungsinfrastruktur in Deutschland und wird unter dem Dach der Leibniz-Gemeinschaft von Bund und Ländern gefördert. Die Studie steht im Internet in englischer Sprache kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

Internet http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.372629.de

Problematische Personalausweispflicht im Sozialrecht

Der neue biometrische Personalausweis ist erheblich teurer als sein Vorgänger. Eine Übernahme der Verwaltungsgebühr ist nicht mehr vorgesehen. Für mittellose Personen, insbesondere für obdachlose Menschen, ist der neue Personalausweis deshalb ein Problem. Denn die Gebühren fallen auch dann an, wenn der alte Ausweis abgelaufen oder verloren gegangen ist. In beiden Fällen muss der Betroffene einen neuen Ausweis beantragen. Da zugleich die Jobcenter für die Antragstellung regelmäßig die Vorlage eines Personalausweises verlangen, stellt sich die Frage, wie mittellose Personen ohne gültigen Personalausweis einen Antrag auf Leistungen nach dem SGB II stellen und so die Mittel für einen gültigen Personalausweis erlangen können. Die Diakonie hat zu der Problematik ein Arbeitspapier erstellt, in dem unter anderem auf Lösungsmöglichkeiten zur darlehensweisen Übernahme im Rahmen des unabweisbaren Bedarfs eingegangen wird. Das vierseitige Arbeitspapier der Diakonie zur Personalausweispflicht findet sich im Internet.

Internet <http://fachinformationen.diakoniewissen.de/system/files/fid/Personalausweispflicht.pdf>

Patientenleitlinie zu Depression veröffentlicht

Depressive Erkrankungen sind weit verbreitet. Das Bundesgesundheitsministe-

rium nimmt an, dass etwa vier Millionen Deutsche von einer Depression betroffen sind. Dabei ist die Dunkelziffer hoch: Nach den Ergebnissen einer WHO-Studie werden depressive Erkrankungen in etwa der Hälfte der Fälle nicht diagnostiziert, und selbst die diagnostizierten Fälle werden oft nicht angemessen behandelt. Die neue Patientenleitlinie »Unipolare Depression« vermittelt, wie eine Depression diagnostiziert wird und welche Behandlungsmöglichkeiten es gibt. Außerdem finden Betroffene und Angehörige Hinweise zum Umgang mit der Erkrankung, weiterführende Adressen und Literatur. Die medizinische »S3-Leitlinie/Nationale VersorgungsLeitlinie Unipolare Depression«, initiiert von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde, war im November 2009 veröffentlicht worden. Nun steht eine allgemeinverständliche Patientenversion zur Verfügung, die im Internet abgerufen werden kann.

Internet <http://www.versorgungsleitlinien.de/patienten/depressioninfo>

Burn-out als »Arbeitsunfall«

Weniger der klassische Unfall als vielmehr der Stress macht Arbeitnehmer von heute krank. Das geht aus dem Arbeitssicherheitsbarometer des Prüfkonzerms Dekra hervor. Statt der typischen Unfälle am Arbeitsplatz wie Stürze oder Quetschungen bedrohten zunehmend Burn-out und innere Kündigung Arbeitnehmer. Für die Studie hat Dekra bundesweit Betriebe befragt. DEKRA e. V., Handwerkstrasse 15, 70565 Stuttgart, Telefon 0711 7861-0, E-Mail info@dekra.com, Internet <http://www.dekra.de>

Frankfurter Studie untersucht soziale Phobien bei Jugendlichen

»60 Augenpaare starren mich an, wenn ich an der Tafel was erklären muss. Das halte ich nicht aus, am liebsten würde ich abgehauen.« Was dieser Fünfzehnjährige beschreibt, erleben viele Heranwachsende: Sie haben dauerhafte und übertriebene Angst vor Begegnungen mit anderen Menschen und vor Leistungsanforderungen. Deshalb vermeiden sie zunehmend Situationen, die soziale Begegnungen und Leistungen von ihnen verlangen. Solche soziale Phobien sind bei Heranwachsenden zwischen 14 und 20 Jahren weit verbreitet, stellte jetzt eine repräsentative Studie der Frankfurter Goethe-Universität fest. An der Untersuchung nahmen über 600 Jugendliche ver-

schiedener Schulen in Frankfurt am Main und im Landkreis Darmstadt-Dieburg teil. Bei 13 Prozent der Befragten fanden die Frankfurter Wissenschaftler Hinweise darauf, dass eine soziale Phobie vorliegt. Unterschiede zwischen den Schulformen stellten die Forscher nicht fest.

Goethe-Universität, Lena Krebs, Abteilung Klinische Psychologie und Psychotherapie, Campus Bockenheim, Telefon 069 798-23981, E-Mail krebs@psych.uni-frankfurt.de

Aktion Mensch sucht

Kooperationspartner

Die Aktion Mensch sucht weitere Partner für ihre Adressdatenbank. Unkompliziert und kostenlos können sich Einrichtungen der Psychiatrie, Behindertenhilfe und Selbsthilfe in eine Internet-Adressenliste eintragen. Das Informationsportal vermittelt gezielt bundesweit Adressen und Ansprechpartner für Menschen, die aktuell mit einer Behinderung, einer Krankheit oder Pflegebedürftigkeit in der Familie konfrontiert sind. Die Adressdatenbank ermöglicht sozialen Einrichtungen eine seriöse Darstellung ihrer Angebote. Neben einem automatisch eingerichteten Wegweiser mit Karten und Anfahrtsbeschreibungen bietet der Eintrag zudem Platz für eine Kurzbeschreibung der Einrichtung. Mit über 23.000 Einträgen ist die Website bereits jetzt die umfangreichste Adressdatenbank insbesondere für Menschen mit Behinderung in Deutschland.

Internet <http://www.familienratgeber.de>

Lebenshilfe legt Musterverträge vor

Eine neue Broschüre über »Musterverträge für Einrichtungen und Anbieter ambulanter Leistungen nach dem WBVG« hat die Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung herausgegeben. Das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG) stärkt die Stellung von Menschen mit Behinderungen als eigenständige Verbraucher und baut die Pflichten von Trägern von Wohnformen als Unternehmer aus. Der Lebenshilfe-Ratgeber stellt dazu Musterverträge sowohl für Träger von Einrichtungen als auch für Anbieter ambulanter Leistungen zur Verfügung. Ebenfalls enthält er eine Checkliste zur Gestaltung der vorvertraglichen Informationen. Die 48-seitige Broschüre kann von der Website der Lebenshilfe kostenlos heruntergeladen werden.

Internet http://www.lebenshilfe.de/wDeutschlaus_fachlicher_sicht/empfehlung/downloads/MustervertraegeWBVG2011.pdf



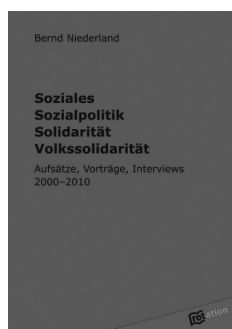
Umstellung des TV-Empfangs in sozialen Einrichtungen

Am 30. April 2012 endet in Deutschland die analoge Verbreitung von TV-Programmen über Satelliten. Dann sind alle deutschen TV-Sender via Satellit nur noch als digitale Programme empfangbar. Diese Veränderung betrifft auch Gesundheits- und Sozialeinrichtungen wie Krankenhäuser, Reha-Kliniken, Werkstätten für behinderte Menschen, Tagesstätten, Bildungseinrichtungen, Wohn- und Pflegeheime. Die Deutsche TV-Plattform, ein Zusammenschluss von Ministerien, Rundfunkanstalten und Kommunikationsfirmen, hat deshalb Flyer für verschiedene Zielgruppen herausgegeben, unter anderem auch für Organisationen des Gesundheitswesens und der Sozialwirtschaft. Das vierseitige Merkblatt zeigt konkret, welche Fernsehgeräte und Empfangsanlagen betroffen sind und was gegebenenfalls unternommen werden kann, um für die Zeit nach der Umstellung gerüstet zu sein.

Internet http://www.tv-plattform.de/images/stories/pdf/merkblatt_pfleger_2011_final.pdf

Sozialpolitik und Verbandsentwicklung nach der Wiedervereinigung

Dr. Bernd Niederland war bis zu seiner Pensionierung lange Jahre Geschäftsführer der Volkssolidarität Bundesverband e. V. In einem neuen Sammelband legt er nun zahlreiche Texte von Reden, Artikel und Interviews vor, die er in den Jahren 2000 bis 2010 gehalten, verfasst oder gegeben hat. Die Beiträge gewähren sowohl einen Einblick in gesellschaftlich-soziale als auch in die Entwicklungsprozesse der Volkssolidarität als größter ostdeutscher Wohlfahrtsorganisation. Aussagen in den Texten wollen helfen, sozialpolitische und sozia-



le Sachverhalte aufzuhellen und besser zu verstehen. Dadurch, dass hier Texte zusammengeführt werden, die sehr verschiedenartige Aspekte der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit beinhalten, werden einerseits die Vielgestaltigkeit und andererseits die Komplexität des Sozialen erkennbar. Somit kann erfahrbar sein, warum sich ein Sozial- und Wohlfahrtsverband wie die Volkssolidarität so und nicht anders in die sozialen und sozialpolitischen Geschehnisse einbringt und versucht, auf die Sozialpolitik im Sinne seiner Mitglieder, Mitarbeiter und Freunde sowie der von ihm betreuten Menschen seinen Einfluss zu nehmen.

Bernd Niederland: Soziales Sozialpolitik Solidarität Volkssolidarität, Vorträge, Aufsätze, Interviews 2000–2010. Verlag tredition, Hamburg 2011. 368 Seiten. 22,90 Euro. ISBN 978-3-86850-878-9.

»Aktivierende Ressourcenkonfrontation« für jugendliche Gewalttäter

Der Umgang mit jugendlichen Gewalttätern ist schwierig und stellt an die professionelle Fachkraft hohe Anforderungen. Den Tätern fehlt es meistens an Schuldbewusstsein und Selbsteinsicht – was psychodynamische Ursachen hat. Rückfälle sind die Regel. Das Autorenteam Marcus Damm und Stefan Werner zeigt die Anwendung der Schemapädagogik in der Arbeit mit jugendlichen Gewalttätern anhand anschaulicher Beispiele. Außerdem wird eine neue Interventionsmethode vorgestellt: die aktivierende Ressourcenkonfrontation. Schemapädagogik basiert auf aktuellen Erkenntnissen der Hirnforschung, der Schematherapie und der klärungsorientierten Psychotherapie. Das Konzept soll Fachkräften helfen, »schwierige« Jugendliche tiefergründiger zu verstehen, unterschwellige Beziehungsstörungen sowie Manipulationen zu erkennen, einzuordnen und zu thematisieren. Am Anfang steht die Diagnose nachteiliger Schemata (affektive und kognitive Erwartungshaltungen). Mithilfe einer pädagogisch psychologischen Beziehungsgestaltung wird eine strapazierfähige Arbeitsbeziehung hergestellt. Danach werden nachteilige Persönlichkeitsfacetten (Schemamodi) thematisiert und die dar-



aufhin erarbeiteten Verhaltensalternativen in den Alltag transferiert. Ziele der Schemapädagogik sind: Reduzierung der Wahrnehmungsverzerrungen und Manipulationen, Förderung der Selbsteinsicht in problematisches Verhalten und zukünftige Selbstkontrolle seitens der Jugendlichen.

Marcus Damm, Stefan Werner: Schemapädagogik bei jugendlichen Gewalttätern. Diagnose von Schemata, Konfrontation und Verhaltensänderung. Verlag ibidem, Hannover 2011. Ca. 220 Seiten. 24,90 Euro. ISBN 978-3-8382-0190-0.

Mechanik der Euthanasie

Der deutsche Schriftsteller Hans Joachim Schädlich, geb. 1935, nahm sich früh des Themas Euthanasie, der Tötung sogenannten »unwerten Lebens«, an. In einer Montage aus Zeugenberichten zeigt er in dem schmalen Reclam-Bändchen »Mechanik« an einem Einzelschicksal exemplarisch die Verstrickungen der Beteiligten auf. Der zweite Text, »Fritz«, fasst in einen einzigen langen Satz dieses Einzelschicksal zusammen – nun aus der Warte des Autors. So erschließt sich die historische Problematik in zwei Texten, die alle interessieren sollten, die in der Sozialen Arbeit tätig sind. Das Nachwort leuchtet den geschichtlichen Hintergrund aus und zeigt mögliche Deutungen.

Hans Joachim Schädlich: Mechanik. Fritz. Philipp Reclam Verlag, Stuttgart 2009. 79 Seiten. 3,- Euro. ISBN 978-3-15-018671-8.

Von der Armenhilfe zur Wohnungslosenhilfe – und zurück?

Zwei Hauptfragen stellten sich im Voraus: Handelt es sich hier – wie der Titel des Buches vermuten lässt – um einen historischen Gesamteinblick in die kirchliche und bürgerliche Armenfürsorge vom Mittelalter bis in die Neuzeit? Und ist gleichzeitig ein Rückwärtstrend im politischen Handeln zu vernehmen? Bei der Lektüre erwies sich diese Vermutung insofern als nicht richtig, als der geschichtliche Überblick lediglich in einem Einzelbeitrag dargestellt wird. Allerdings erscheint mir gerade dieser besonders wichtig im Hinblick auf das Grundver-

Hans Joachim Schädlich
Mechanik
Fritz
Reclam

ständnis für die weiteren Fachbeiträge. Die Autorinnen und Autoren sind teils erfahrene Praktiker in der Sozialen Arbeit mit alleinstehenden Wohnungslosen, teils wissenschaftlich Lehrende an Hochschulen mit Schwerpunkt Politik- und Sozialwissenschaft oder Funktionsträger in der kirchlichen Wohlfahrtspflege mit Schwerpunkt Soziale Arbeit für Menschen in Wohnungsnot sowie Vertreter der kommunalen Sozialverwaltung. Die Herausgeber Stefan Gillich und Stephan Nagel sind Referenten für Wohnungslosenhilfe beim Diakonischen Werk in Hessen und Nassau und beim Diakonischen Werk Hamburg. Die unterschiedlichen Beiträge spiegeln die aktuelle wirtschaftliche Krisensituation und deren politische und sozialpolitische Folgerungen für Menschen in Armut und Wohnungslosigkeit. »Wohnungslosigkeit ist die individuell sich ausprägende Folge struktureller Armut und Unterversorgung.« (Gillich) Im Fokus stehen nicht Fragen nach der Verteilungsgerechtigkeit, sondern die Grundlagen und methodische Hilfeansätze, Deutungen der sozialen Rechte und Rechtsdurchsetzung sowie Bilder von Praxisfeldern der Wohnungslosenhilfe. Der interessierte Leser benötigt keine speziellen Vorkenntnisse über Rechtsansprüche oder institutionelle Hilfeangebote für Menschen in extrem schwierigen Lebenssituationen, da er ausführliche Beschreibungen vorfindet. Die Zielsetzung dieser aufschlussreichen Beiträge ist, zur aktuellen Diskussion über Anregungen und Kompetenzen beizutragen und wohnungslosen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu organisieren. Für Studierende der Sozial- oder Gemeinwesenarbeit, sozialpolitisch Interessierte und Sozialarbeiter in der sogenannten Wohnungslosenhilfe ist dieses Buch kein Nachschlagewerk, sondern ein Studienbuch besonderer Qualität. Ein weiteres Ziel ist, das Bewusstsein für die Situation der von Armut und Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen zu schärfen. Der Leser soll für die Problematik von Wohnungslosen sensibilisiert werden. Nicht zuletzt leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zur Beseitigung von Stereotypen und hinterfragt die kollektiven Wahrnehmungen von Armut und Wohnungslosigkeit. – Georg Bastian *Stefan Gillich, Stephan Nagel (Hg.): Von der Armenhilfe zur Wohnungslosenhilfe – und zurück? Triga Der Verlag, Gründau-Rothbergen. 262 Seiten. 14,- Euro. ISBN 978-3-89774-723-4.*

Kennzahlen

*»Immer und immer wieder bitte ich:
weniger Zahlen, dafür gescheitere.«*

Wladimir Iljitsch Lenin, russischer Politiker
(1870–1924)

266

Betrag in Euro, der statistisch gesehen durchschnittlich im Jahre 2010 je Einwohner in Deutschland für Sozialhilfeleistungen (SGB XII) aufgewendet wurde

374

Monatlicher Betrag in Euro der Grundsicherung für einen alleinstehenden Erwachsenen ab 1. Januar 2012 (SGB XII)

1.200

Zahl der Fälle möglicher Kindswohlgefährdung, die dem Jugendamt der Stadt Frankfurt am Main jährlich gemeldet werden

47

Prozentanteil der Frauen zwischen 20 und 24 Jahren, die im Jahre 2010 ein Abitur hatten (Männer: 38%)

24.904

Betrag in Euro, die rechnerisch jeder Einwohner in Deutschland im Jahre 2010 an öffentlichen Schulden hatte (Bund, Länder, Gemeinden und gesetzliche Sozialversicherung einschließlich Extrahaushalte)

2.426

Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst in Euro der Berufsgruppe »Sozialarbeiter, Sozialpfleger« (nach der Klassifikation der Bundesagentur für Arbeit (Statistisches Bundesamt 2009)

31

Prozentanteil der Kinder und Jugendlichen in Deutschland, die einen »Migrationshintergrund« haben (Stand 2010)